

Stellungnahme des Nutzerbeirats zum Programmvorschlag der Europäischen Kommission zu Erasmus+ 2028-2034

1. Budget und Finanzierung

Der Vorschlag sieht eine indikative Finanzausstattung von 40,8 Milliarden Euro für den Zeitraum 2028–2034 vor, was einer Steigerung von 50 % gegenüber der aktuellen Periode entspricht.

Als Nutzerbeirat unterstützen wir die Kommission in ihrem Bestreben, Erasmus+ zu einem der wichtigsten Instrumente der Union zu machen. Wir sehen jedoch die Angemessenheit der vorgeschlagenen Mittelausstattung kritisch.

Die NA beim BIBB schätzt, dass der tatsächliche Finanzbedarf wesentlich höher liegt. Allein die Inflation der Jahre 2021 bis 2024 (ca. 20 %) und das starke Wachstum der aktuellen Programmgeneration absorbieren einen Großteil der Budgeterhöhung.

In den Bereichen Berufsbildung und Erwachsenenbildung übersteigt die Nachfrage nach Akkreditierungen, Mobilitäten (Leitaktion 1) und Kooperationsprojekten (Leitaktion 2) bereits jetzt die verfügbaren Ressourcen deutlich. Im Bereich der Berufsbildung betrug die Förderquote in Leitaktion 2 im Jahr 2023 nur etwa 30 %. Auch die langfristigen Ziele der "Union of Skills" und die angestrebte Steigerung der Mobilitätsquoten (z. B. Benchmark von 12 % Mobilitätsteilnehmenden pro Abschlussjahrgang bis 2030 in der VET) werden mit den aktuellen Mitteln als nicht erreichbar angesehen.

Wir betonen die Notwendigkeit, konsequent für ein quantitativ und qualitativ gestärktes Erasmus+ einzutreten, insbesondere angesichts der politischen Diskussionen über den Gesamthaushalt, bei dem Kürzungen möglich sind.

Wir fordern:

Der Anteil des Erasmus+-Programms am Gesamthaushalt der EU wird nach den aktuellen Vorschlägen faktisch von 2,5 % auf 2 % sinken. Angemessen sind jedoch 3%, um den Herausforderungen im Bereich der Bildung, auch im Zusammenhang mit Demokratie- und Friedensbildung sowie den Zielen des Vorschlags der Kommission und den Mitgliedstaaten insgesamt gerecht zu werden.

Zur Sicherstellung der Strukturen und Planbarkeit für Institutionen ist es notwendig, dass eine klare Aufteilung des Erasmus+-Budgets nach Säulen und Aktivitäten erfolgt. Nur so ist gewährleistet, dass professionelle Strukturen in den Ländern und Regionen erhalten bleiben und Institutionen weiträumig planen können.

2. IT-Struktur und Digitaler Wandel

Obwohl die Digitalisierung eine der horizontalen Prioritäten des Programms ist, stellen die IT-Tools und die Infrastruktur der Kommission weiterhin eine der größten Herausforderungen und Frustrationsquellen für alle an der Programmdurchführung Beteiligten dar, einschließlich der Nationalen Agenturen und Begünstigten.

Die Halbzeitbewertungen verdeutlichen, dass die bestehenden IT-Tools dringend konsolidiert und stabilisiert werden müssen, da sie weiterhin erhebliche Funktionsdefizite und eine hohe Fehlerquote aufweisen. Insbesondere das Beneficiary Module (BM) gilt als unzuverlässig und ist für viele Einrichtungen ein ungern genutztes Tool. Die Software verursacht oft zusätzlichen Verwaltungsaufwand und mindert die Effizienzgewinne, die durch die im laufenden Programm entwickelten Vereinfachungsmaßnahmen erzielt werden konnten.

Wir fordern:

Die IT-Infrastruktur der nächsten Programmgeneration muss vom ersten Tag an voll funktionsfähig, benutzerfreundlich und stabil sein. Wünschenswert wäre eine Fortsetzung der bestehenden Tools, die zum Ende dieser Programmgeneration von den meisten Trägern endlich vollumfänglich genutzt werden können, anstelle der Einführung neuer Tools, die neu erlernt werden müssen und fehleranfällig sein können.

Vor der Einführung neuer Funktionen oder Tools sollten umfassende Tests und Konsultationen mit den Nationalen Agenturen und den Projektträgern in der Berufsbildung und Erwachsenenbildung stattfinden, um praxisnahe und praktikable Entscheidungen zu treffen und die Barrierefreiheit zu gewährleisten.

3. Horizontale Prioritäten

Wir schlagen angesichts der aktuellen politischen Lage in Europa und der Welt eine Erweiterung der vier Prioritäten vor.

Priorität 5: FRIEDEN UND DEMOKRATISCHE DEBATTENKULTUR ZUR PRÄVENTION VON KRIEG UND BÜRGERKRIEG

Die europäische Integration folgt der Idee, den Frieden auf dem Kontinent durch Zusammenarbeit zu sichern. Im Jahr 2012 erhielt die Europäische Union dafür den Friedensnobelpreis. Bildungsaktivitäten im Kontext des Programms Erasmus+ können auf der erfolgreichen deutsch-französischen Verständigungsarbeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufbauen und verleihen dem Gedanken von Kooperation, Toleranz, Verstehen des Anderen, Akzeptanz von Vielfalt und kulturellem Unterschied eine konkrete Gestalt. Innovation, voneinander Lernen, Wachstum, die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und sozialer Zusammenhalt, die Ziele des Programms Erasmus+, haben darin ihre Voraussetzung. Das Programm unterstützt Aktivitäten, die die Entwicklung einer offenen, demokratischen Debattenkultur fördern und dazu befähigen, Dissens zu versachlichen, Kontroversen kultiviert auszutragen sowie Konflikte friedlich beizulegen. Besonderes Augenmerk wird auf Initiativen gerichtet, die für die Folgen von Kriegen sensibilisieren, Traumatisierungen überwinden helfen, zur Reflexion von neuen Stereotypen, Vorurteilen, Vertrauensverlust und Gewalt in und zwischen Gesellschaften anregen sowie die Idee der Menschenrechte, humanistischen Werte, Toleranz und Demokratie fördern.

4. generelle Wünsche für die Weiterentwicklung des Programms

Wir wünschen uns, dass die Erwachsenenbildung und ihre Vielfalt im neuen Programm berücksichtigt werden und nicht an Relevanz oder Sichtbarkeit verlieren.

Wir wünschen uns, dass die zentralen Prioritäten in dieser Programmgeneration vorab definiert werden. Mindestens die wichtigsten Ziele sollten geklärt sein. Dies schafft eine wesentlich größere Compliance mit dem Programm und gibt eine Richtung vor, für die die Träger bereit sind zu arbeiten.

Wir wünschen uns, dass es Klarstellungen zum Umgang mit Akkreditierungen gibt. Auch hier ist ein gewisser Grad an Beständigkeit essentiell für die Arbeit der Träger und schafft Sicherheit sowie Vertrauen in das Programm.